

Als Jesús über Nacht aus Äckern Bauland machte

In Marbella ist ein Prozess zu Ende gegangen, der Spanien an ein dunkles Kapitel seines Immobilienbooms erinnert. Bürgermeister Gil, der die Stadt lange regierte und sehr reich wurde, ist tot, doch sein wichtigster Handlanger, Juan Roca, hat gestanden.

Von Leo Wieland

MADRID, 31. Juli. Zwei Jahre bevor die spanische „Immobilienblase“ platzte, kamen im Frühling 2006 zum ersten Mal die Polizei und die Staatsanwaltschaft in das Rathaus von Marbella. Wegen Korruptionsverdachts wurde in dem andalusischen Ferienort an der Mittelmeerküste an einem Apriltag die gesamte Stadtverwaltung aufgelöst. Wenig später wurden der ehemalige Bürgermeister Julián Muñoz und seine Nachfolgerin Marisol Yagüe zusammen mit dem „Gehirn“ hinter den kriminellen Immobiliengeschäften, Juan Antonio Roca, festgenommen.

Roca, so lautete der Vorwurf, soll über lange Jahre als „Berater“ des damals bereits verstorbenen Bürgermeisters Jesús Gil – ihm gehörte unter anderem der Fußballklub Atlético Madrid – die goldenen Fäden zwischen den lokalen Baulöwen und den Brieftaschen im Rathaus gesponnen haben. Er wurde als die zentrale Schaltstelle für all die „Kommissionszahlungen“ ausgemacht, die nach administrativen „Gefälligkeiten“ eingingen und mehr oder minder gerecht unter all denen verteilt wurden, die mit ihm unter einer Decke steckten.

Nun ist in dieser Woche zwei Jahre nach Prozessbeginn die mündliche Verhandlung gegen insgesamt 86 Beschuldigte zu Ende gegangen. Für sie hat die Staatsanwaltschaft zusammengewürfelt 497 Jahre Haft und fast vier Milliarden Euro Geldbußen verlangt. Der zuständige Richter am Gerichtshof von Málaga, José Godino, versprach vor dem letzten Hammerschlag in dem „Fall Malaya“ ein „gerechtes Urteil“. Weil aber noch eine Fülle von Beweisen und Zeugenaussagen zu prüfen ist, wird dieses laut Godino wohl

erst in sechs bis acht Monaten verkündet werden können.

Der nach langem Zögern geständige Hauptangeklagte Roca, der mit der Höchststrafe von 30 Jahren Gefängnis rechnen muss, machte ebenso wie 16 andere Beschuldigte in dem größten, längsten und kompliziertesten kommunalen Bestechungsfall der spanischen Justizgeschichte von seinem Recht auf ein Schlusswort Gebrauch. Er wies darauf hin, dass er demnächst schon „sein siebtes Weihnachtsfest“ in Haft verbringen werde, und bat dann das Gericht auf aufsehenerregende Weise um Milde: Er erzählte, wie er eines Tages beim Mittagessen im Gefängnis einem pädophilen Kindermörder namens Santiago del Valle gegenübergesessen habe. Dieser, wegen Missbrauchs und Ermordung eines kleinen Mädchens zu 22 Jahren Haft verurteilt, habe ihn gefragt: „Roca, was hast du bloß angestellt, dass sie für dich mehr fordern als für mich?“

Im „Fall Malaya“, dem Codewort der Ermittler, geht es im Kern um Bestechung, Missbrauch öffentlicher Mittel und Geldwäsche. Unter Rocas agiler Administration wurden Millionenbeträge an der Stadtkasse vorbei direkt in die Taschen williger Mitarbeiter im Rathaus zu Marbella geleitet. Diese hatten zuvor dafür gesorgt, dass Bauunternehmer gegen ein entsprechendes Entgelt alle Genehmigungen bekamen, die sie wollten.

Bei der wilden „Urbanisierung“ Marbellas in den Jahren, als der umtriebige Jesús Gil Bürgermeister war – von 1992 bis 2004 – fielen so gut wie alle Kontrollschranken. Viele Privatleute, unter ihnen Makler und Notare sowie öffentliche Angestellte, allen voran Gil und Roca, wurden so reich, dass sie kaum noch wussten, wie viel Geld sie in Rennpferde, Yachten oder moderne Kunst investieren sollten. Bei Roca jedenfalls hing, wie bei einer Hausdurchsuchung herauskam, „sogar ein Miró auf dem Klo“. Die Stadtbevölkerung, die sah, wie die Wirtschaft blühte, war derweil geradezu begeistert. Sie gab jedenfalls dem „Wohltäter“ Gil, der aus praktischen Gründen keiner der etablierten Parteien angehörte, sondern eine eigene gegründet hatte, in Serie überschwängliche absolute Mehrheiten.

Marbella wurde so zum Symbol für alles, was an der spanischen „Immobilienfront“, wo über Nacht Kartoffeläcker in



Zweisam: „Berater“ Juan Antonio Roca (links) mit Jesús Gil, damals Bürgermeister von Marbella, im Februar 2002. Gil starb im Mai 2004

Foto Intertopics

wertvolles Bauland verwandelt wurden, schiefgelaufen ist. Dabei ist, von Roca einmal abgesehen, das Schuldbewusstsein der meisten Angeklagten noch heute ziemlich unterentwickelt. Die ehemaligen Bürgermeister Muñoz und Yagüe beteuerten jedenfalls wider alle vorgelegten Indizien in ihren Schlussworten unverändert ihre Unschuld.

Doch gerade für den Erstgenannten ist mit diesem Verfahren der Prozess noch nicht vorbei. Auf ihn wartet nach dem Urteil ein weiterer Prozess wegen Geldwäsche im Zusammenwirken mit seiner betrogenen Ehefrau und seiner Geliebten, der national bekannten Schlagersängerin Isabel Pantoja. „La Pantoja“, die Witwe eines Toreros, singt derweil und gibt schon hochdotierte Exklusivinterviews in spanischen Fernsehsendern und Zeitschriften, um zumindest auf eine mögliche Geldstrafe von mehreren Millionen Euro vorbereitet zu sein.

Ohne Performance ist alles nichts.

Die **Vermögensverwaltung** der BHF-BANK hat im firstfive-Performance-Ranking* realer Depots einen historischen Rekord aufgestellt:

Sie erreicht als einziger Vermögensverwalter in allen 32 Anlageklassen Top 5-Plätze.

In 27 von 32 Anlageklassen belegt die BHF-BANK **Platz 1 oder 2.**

www.bhf-bank.com, Tel: 069 718-4004

BHF BANK
PRIVAT SEIT 1854

Vermögensverwaltung · Corporate Advisory

FRANKFURT · ABU DHABI · BADEN-BADEN · BERLIN · DÜSSELDORF · ESSEN · GENÈVE · HAMBURG · HANNOVER · HO-CHI-MINH-STADT
KAIRO · KÖLN · LUXEMBURG · MAINZ · MÜNCHEN · MÜNSTER · NÜRNBERG · STUTTGART · ZÜRICH

*Gemäß firstfive-Analyse vom Juni 2012.

Stolz wie Ponta

In Rumänien ist Plagieren üblich / Von Karl-Peter Schwarz

BUKAREST, 31. Juli. Das Referendum, das den rumänischen Präsidenten Traian Băsescu seines Amtes entheben sollte, ist gerade erst gescheitert, da droht dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Victor Ponta weiteres Ungemach. Abermals geht es um seine Plagiatsaffäre, die vor sechs Wochen am Beginn der rumänischen Staatskrise stand. Im September tritt der Senat der Universität Bukarest zu einer Sondersitzung zusammen, um über die Aberkennung von Pontas Dokortitel zu entscheiden. Ponta hatte weite Teile seiner 2002 eingereichten rechtswissenschaftlichen Dissertation abgeschrieben und sie später in zwei Publikationen übernommen, für die er ebenfalls die Autorenschaft beanspruchte.

Im Gegensatz zu einer Ethikkommission, die vom Unterrichtsministerium nach den Bedürfnissen des Ministerpräsidenten umstrukturiert wurde und ihm wie gewünscht Unbedenklichkeit attestierte, hat eine Kommission der Universität den Plagiatsvorwurf, den zuerst diese Zeitung sowie die britische Zeitschrift „Nature“ am 18. Juni gegen Ponta erhoben hatten, schon bestätigt. Die Enthüllung der Plagi-

es unter anderem erlaubte, bei Plagiatsverdacht ohne zeitliche Begrenzung auch vor vielen Jahren verfasste Arbeiten zu überprüfen, wurde von der damaligen sozialdemokratischen und nationalliberalen Opposition im rumänischen Parlament heftig bekämpft. Deren wahre Motive wurden offenkundig, als Pontas Unterrichtsminister Ioan Mang im Mai nur acht Tage nach seiner Ernennung wegen einer Plagiatsaffäre zurücktreten musste. Ponta ließ sofort die auf vier Jahre bestellten Mitglieder der Nationalen Ethikkommission abberufen und durch seine Anhänger ersetzen, unter ihnen zwei prominente Mitglieder seiner sozialdemokratischen Partei. Als wenige Tage später seine eigene Plagiatsaffäre begann und seine Dissertation von einer zweiten Ethikkommission beurteilt werden sollte, die für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit erworbener akademischer Titel zuständig ist, griff der interimistische Unterrichtsminister Liviu Pop in das laufende Verfahren ein und löste die Kommission durch eine Verordnung auf.

Die Affären um Mang und Ponta lenkten die Aufmerksamkeit auf das in Rumänien weitverbreitete und lange Zeit geduldete Phänomen der akademischen Korruption. Wenn Ponta das Offensichtliche leugnet und auch noch erklärt, er sei „stolz“ auf seine Dissertation, weiß er Tausende auf seiner Seite, die sich ihren akademischen Titel auf ähnliche Weise erworben haben. Pontas Innenminister Ion Rus verstieg sich sogar zu der Behauptung, von Platon und Aristoteles bis Heidegger hätten ohnehin alle voneinander abgeschrieben. Es gebe keine Plagiatsaffäre, sagte Ponta, lediglich eine Intrige, die Băsescu mit Hilfe internationaler Medien gegen ihn angestiftet habe. Von fast allen rumänischen Medien wurde diese Schuld-umkehr kritiklos wiedergegeben.

Der aus Klausenburg (Cluj) stammende Biophysiker Péter Hantz hat sich mit den Plagiaten an der Universität für Medizin und Pharmazie in Târgu Mureș (Marosvásárhely, Neumarkt) eingehend beschäftigt. In einem Schreiben an das Unterrichtsministerium beschuldigte Hantz am 12. Januar den Rektor Leonard Azamfirei, den früheren Rektor Constantin Copotoiu und die frühere Vize-Rektorin Klara Brinzaniuc, plagiierte Versionen ausländischer wissenschaftlicher Arbeiten als ihre eigenen ausgegeben zu haben. Als Belege legte Hantz Briefe von Wissenschaftlern in Deutschland und in Großbritannien vor, die bezeugten, dass aus ihren Arbeiten abgeschrieben wurde. Dem Gesetz nach hat das Ministerium innerhalb von neunzig Tagen auf eine solche Eingabe zu antworten; Hantz hat bis heute keine Antwort erhalten. Die Dokumentation, die er seinem Schreiben beilegte, ist mittlerweile verschwunden. Nun will er eine Strafanzeige erstellen. Plagiat ist in Rumänien ein Delikt.



Dr.: Ponta Mitte Juli in Brüssel Foto Reuters

atsaffäre und die kurz darauf erfolgte Verhaftung von Pontas korruptem Doktorvater, dem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Adrian Năstase, dürften die neue rumänische Regierung dazu bewegen haben, ihren Generalangriff auf den Präsidenten, den Verfassungsgerichtshof und die anderen Institutionen, die ihr im Weg standen, rascher zu beginnen als zunächst geplant. Aber insbesondere im akademischen Milieu und bei den Intellektuellen des Landes stieß sie dabei auf heftigen Widerstand.

Die akademischen Institutionen, sagte Daniel Funeriu im Gespräch mit dieser Zeitung, sind längst nicht mehr bloße Befehlsempfänger der Regierung. Als Unterrichtsminister der konservativen Regierung von Emil Boc hatte Funeriu, der nun Băsescus Beraterstab angehört, 2011 strenge Regeln im Interesse der Qualität und professionellen Ethik an den Hochschulen durchgesetzt. Seine Reform, die

